

# SIND KAPITALISMUS UND DEMOKRATIE MITEINANDER VEREINBAR?

TEXT HARALD TRABOLD

Wenn mehr als zwei Millionen Bürger/innen Europas mit ihrer Unterschrift gegen TTIP protestieren, muss etwas gewaltig schief laufen. Denn in den letzten Jahrzehnten wurden weltweit bereits hunderte solcher Handelsverträge geschlossen, ohne dass dies von der breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen oder gar beanstandet worden wäre. Warum regt sich gegen TTIP auf einmal massenhafter Protest, übrigens auf beiden Seiten des Atlantiks? Das mittlerweile zu Tode gerittene Chlorhühnchen kann es ja wohl kaum sein. Auch die anstehenden Zumutungen beim Verbraucherschutz oder die privaten internationalen Schiedsgerichte, die es schon seit Jahrzehnten gibt, können für sich alleine wohl kaum erklären, warum TTIP immer stärker in die Kritik gerät.

Der Protest dürfte hauptsächlich deshalb anschwellen, weil immer mehr Bürger/innen einsehen, dass TTIP ihre demokratischen Rechte beschneidet und den multinationalen Großkonzernen zu einer bislang nicht gekannten Machtfülle verhilft. Geht man noch einen Schritt weiter und analysiert die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre, dann erkennt man ein klares Muster: TTIP ist kein Zufall, sondern knallhartes Kalkül. Es reiht sich nahtlos in eine Vielzahl von Entscheidungen der westlichen Regierungen, der internationalen Organisationen und der europäischen Institutionen ein, die den Konzernen mehr Einfluss und Mitsprache zulasten der Bürger/innen gewährt. Schritt für Schritt – und von der breiten Öffentlichkeit bis vor wenigen Jahren so gut wie unbemerkt – wird die Macht der Demokratie beschnitten und die der Konzerne ausgeweitet.

Seit der Finanzkrise 2007 wird diese Veränderung des Machtgefüges vermehrt registriert. Dutzende von Großbanken wurden während der Finanzkrise für systemrelevant erklärt und „mussten“ deshalb mit Steuergeldern und Staatsgarantien gerettet werden, nachdem Investmentbanken sich verzockt hatten. Dass es sich dabei um das bereits hinlänglich bekannte Spiel „Privatisierung von Gewinnen und Sozialisierung von Verlusten“ handelt – geschenkt, oder „Peanuts“, wie man im Vorstand einer deutschen Großbank sagen würde. Denn aufs Ganze betrachtet geht es um weitaus mehr: Schritt für Schritt werden seit Jahren die politischen Mitbestimmungsrechte von uns Bürger/innen ausgehöhlt. TTIP markiert den vorläufigen Höhepunkt einer Entwicklung, die der slowenische Philosoph und Kapitalismuskritiker Slavoj Žižek in einem Interview prägnant zusammenfasste: „Der zeitgenössische Kapitalismus begrenzt die Demokratie“.

## **Der Zielkonflikt zwischen Kapitalismus und Demokratie**

Warum versucht der Kapitalismus die Demokratie zu beschränken? Dahinter steckt im Kern ein klassischer Zielkonflikt. Ziel des Kapitalismus ist es, eine möglichst hohe Kapitalrendite zu erreichen. Die Wirtschaftsgeschichte lehrt, dass diese am höchsten ist, wenn der Staat günstige Bedingungen für Investitionen schafft. Dazu zählen unter anderem ein verlässliches und wirtschaftsfreundliches Rechtssystem, eine stabile Geld- und Währungsordnung, niedrige Steuern auf Kapitalerträge, Investitionen in Bildung und Infrastruktur und freie Märkte. In einer





Demokratie geht es hingegen im Kern darum, den Willen des Volkes zur Richtschnur des politischen Handelns zu machen. Die meisten Menschen wollen zwar ein hohes Einkommen, gerne auch aus Kapitalvermögen, und haben somit durchaus ein Interesse an einer hohen Kapitalrendite. Aber sie wollen auch andere gesellschaftliche Ziele verwirklicht sehen, wie eine intakte Umwelt, bezahlbaren Wohnraum oder eine gute Absicherung im Falle von Krankheit oder Arbeitslosigkeit. Das alles gibt es nicht zum Nulltarif – und die Ressourcen für die Verwirklichung dieser Ziele müssen irgendwo aufgebracht werden.

#### **Steuervermeidung, Kartellbildung, Hochschulgebühren**

Seit Jahrhunderten sind Steuern die bevorzugte Möglichkeit, an die benötigten Mittel zu gelangen. Entgegen der Beobachtung Benjamin Franklins, nach der zwei Dinge auf dieser Welt sicher sind, nämlich der Tod und die Steuer, lässt sich letztere doch häufig vermeiden oder verringern. Legal erreicht man dies, indem man die Parlamente dazu bringt, möglichst wenig Steuern auf seine Einnahmequellen oder Vermögensbestände zu erheben. Dem Kapital ist dies in den letzten Jahrzehnten aufgrund seiner vorzüglichen Lobbyarbeit hervorragend gelungen. So wurde der Steuersatz auf Kapitalerträge in Deutschland auf 25 Prozent gesenkt. Während also auf einen Kapitalertrag von 100.000 Euro 25.000 Euro Kapitalertragssteuern fällig werden, sind bei einem Arbeitseinkommen von 100.000 Euro rund 34.000 Euro an Einkommensteuern zu zahlen (bei Einzelveranlagung). Wie die Investorenlegende Warren Buffett in

einem Beitrag für die New York Times offengelegt hat, wurde sein gesamtes Einkommen des Jahres 2010 mit einem durchschnittlichen Steuersatz von 17,4 Prozent belegt. Das Einkommen seiner 20 Angestellten, die sehr viel weniger verdienten als er, wurde im Durchschnitt mit 36 Prozent belastet.

Die Steuern sind ein Beispiel von vielen, das zeigt, warum Kapitalismus und Demokratie nur schwer miteinander vereinbar sind: Die Vertreter/innen des Kapitals versuchen, optimale Regeln für eine relativ kleine Zahl von Kapitalbesitzer/innen aufzustellen, um die Rendite zu erhöhen und neues Kapital gewinnbringend investieren zu können. Dazu sollten die Steuern auf Kapitalerträge möglichst niedrig, idealerweise gleich null sein. Dagegen sollte eine Demokratie möglichst gute Politik für eine möglichst große Zahl von Bürger/innen machen. Die dazu benötigten Mittel will sie sich natürlich nicht nur durch eine Besteuerung der Arbeit, sondern auch des Kapitals beschaffen. Damit gerät die Demokratie aber zwangsläufig in einen Konflikt mit den Interessen der Kapitalbesitzer/innen.

Ähnlich konfliktträchtig ist die Wettbewerbspolitik. Unternehmer wissen seit langer Zeit, dass Monopole oder Kartelle die Kapitalrendite erhöhen. Finanziert wird dies von den Konsument/innen, die höhere Preise für die Produkte der Monopolisten oder des Kartells zahlen müssen. Wohlstand für alle ist so nicht zu erreichen, wie Ludwig Erhard (erster Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland und Nachfolger Adenauers als Bundeskanzler) in seinem gleichnamigen Buch dargelegt hat. Denn, so Erhard, der Wettbewerb begrenzt die Gewinne der Unternehmen,

zwingt sie zu effizienter Produktion und hält die Preise niedrig. Vom Wettbewerb profitieren alle, außer den Monopolisten und Kartellmitgliedern, und wenn die Demokratie versucht, ein hohes Maß an Wettbewerb herzustellen, gerät sie mit ihnen in Konflikt.

Die Hochschulpolitik ist ein weiterer Zankapfel zwischen Demokratie und Kapitalismus. Die meisten Menschen besitzen kein oder nur wenig Kapital. Sie leben überwiegend von ihrer Hände oder ihres Kopfes Arbeit. Für diese Menschen hält der Staat Angebote bereit, die die „Rendite“ des Faktors Arbeit, den Lohn, erhöhen, zum Beispiel ein gebührenfreies Hochschulstudium. Der Kapitalismus profitiert nur dann von diesen staatlich finanzierten Vorleistungen, wenn sie ihm passgenau ausgebildete Arbeitskräfte zuführen. Dies ist aber nur bei manchen Fächern der Fall, weswegen beispielsweise Sozial- und Geisteswissenschaften den Vertreter/innen des Kapitalismus kaum etwas gelten. Das Studium solcher Fächer betrachten sie als Verschwendung von Ressourcen – und von Steuergeldern. Folgerichtig empfahl 2010 ein Studienreformkomitee in Großbritannien, dessen Präsident der ehemalige Vorstandsvorsitzende des Ölmultis British Petroleum war, die Geisteswissenschaften staatlicherseits nicht mehr zu fördern. Sie vermittelten den Studierenden zu wenige wirtschaftsdienliche Fähigkeiten. Zuschüsse im Bildungsbereich, so die Empfehlung, sollten nur den Studiengängen zugute kommen, die für die Wirtschaft Nützliches lehren. Eine Demokratie benötigt mehr als das – beispielsweise auch (kapitalismus-)kritische Analysen, um gesellschaftliche, aber auch technologische Entwicklungen zu verstehen und bei Fehlentwicklungen gegensteuern zu können. So etwas will der Kapitalismus aber nicht finanzieren, denn solche Analysen können zur Folge haben, dass die freie Gewinnerwirtschaftung eingeschränkt wird – beispielsweise weil Gefahren für die Umwelt erkannt oder gesellschaftliche Alternativen zum Kapitalismus erforscht werden. Warum sollte der Kapitalismus sich daran beteiligen?

#### **TTIP, CETA und TiSA als Wendepunkt?**

Die Steuer-, Wettbewerbs- und Hochschulpolitik sind drei Beispiele für den prinzipiellen Zielkonflikt zwischen Wirtschaft und Bürger/innen. Ob Demokratie und Kapitalismus miteinander vereinbar sind oder nicht, hängt somit stark von der Einstellung der

Kapitalbesitzer/innen ab. Erkennen sie den Primat demokratisch legitimer Politik an, dann kommen Demokratie und Kapitalismus relativ gut miteinander aus. So lief es in den ersten dreißig Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg und führte zu einer friedlichen Koexistenz zwischen den beiden. Die Wirtschaftsführer/innen stellten die schöpferische Kraft des Kapitalismus in den Dienst der Gesellschaft, ließen die breite Bevölkerung am Wohlstand teilhaben und überließen der Demokratie weitgehend die Aufteilung des Gewinns. Mit der neoliberalen Wende Ende der Siebziger Jahre wurden die Kapitalbesitzer/innen egoistischer und waren immer weniger geneigt, die Gesellschaft von ihren Kapitalerträgen profitieren zu lassen. Dazu mussten sie die Macht der Demokratie begrenzen, die bis dahin das Kapital zur Finanzierung gesellschaftlicher Anliegen heranzog, was ihnen unter anderem durch exzellente Lobbyarbeit gelungen ist. Dadurch hat das Kapital seine Macht beinahe unangreifbar zementiert, aber eben nur beinahe. Denn seine Machtfülle hat es auch erreicht, weil viele Bürger/innen sich politikverdrossen ins Private zurückzogen.

TTIP, CETA und TiSA könnten sich im Rückblick als Wendepunkt für den Kapitalismus erweisen, an dem die Demokratie aufgewacht ist und sich erstmals seit dreißig Jahren massiv gegen seine Zumutungen wehrt. Und wenn die Kapitalbesitzer/innen erkennen, dass ein goldenes Zeitalter für alle besser ist als eine immer ungerechter werdende Einkommens- und Vermögensverteilung, dann könnten Demokratie und Kapitalismus sogar wieder miteinander vereinbar werden. /



**Prof. Dr. Harald Trabold**

Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Osnabrück. 2014 erschien sein Buch „Kapital Macht Politik – Die Zerstörung der Demokratie“ im Marburger Tectum Verlag.